

Schadstoffe kilometerweit aus der Deponie verweht

AG „Bürger gegen Giftmüll“: Landwirtschaftliche Nutzung auf der Seelhorst überprüfen ^{MT, 17.2.88}

Petershagen/Münchehagen (llu). Die in der letzten Woche bekanntgewordenen Untersuchungsergebnisse von Bodenproben aus dem Umfeld der Sondermülldeponie Münchehagen lassen nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft „Bürger gegen Giftmüll“ den Schluß zu, daß Schadstoffe aus der Lagerstätte durch Verwehungen bis zu drei Kilometer weit auch auf Petershäger Stadtgebiet gelangt sind. Wie AG-Mitglied Dr. Harald Friedrich (Petershagen) gestern zu den Analysen des Hamburger Natic-Institutes sagte, habe man in den Proben aus dem Bereich des Rosenhäger Ortsteils Seelhorst ein großes Spektrum der verschiedenen Dioxine und Furane gefunden. Von den Hamburger Wissenschaftlern sei dabei zwar nicht das Seveso-Gift nachgewiesen worden, wohl aber das 2378-Chlordibenzofuran, das nach den Worten von Dr. Friedrich nur unwesentlich weniger giftig ist und in der Gefährlichkeit nahezu an das Seveso-Dioxin herankommt.

Wenn man die relevanten 2378-Kombinationen der in den drei Probeentnahmestellen auf der Seelhorst festgestellten Furane zusammenzähle, komme man auf

Konzentrationen von mehr als 50 Nanogramm pro Kilogramm, verdeutlichte Dr. Friedrich und ergänzte, daß man diese Kombinationen addieren müsse, weil sie etwas über die Langzeitgefährlichkeit für Menschen und Tiere aussagen.

In der letzten Sitzung des Münchehagenausschusses, so führte AG-Mitglied und Bund-Kreisvorsitzender Dr. Friedrich weiter aus, habe er für die AG den Antrag gestellt, daß alle bisher vorliegenden Analysen mit Hilfe der sogenannten Fingerprint-Technik nach untersucht werden sollten, um anhand des Vergleichs feststellen zu können, woher die Schadstoffe stammen. In der Deponie Münchehagen gebe es nämlich zwei Haupt-Dioxin-Quellen, einmal die Filterstäube aus den Müllverbrennungsanlagen in Hamburg und zum anderen die Einlagerungen der Firma Boehringer aus der Lindan-Produktion. Von diesen feststehenden Quellen könne man im Vergleich ihrer Fingerabdrücke mit denen der Proben außerhalb der Deponie zweifelsfrei feststellen, ob es sich bei den Schadstoffausträgen um Verwehungen

handelt oder ob das Material auf andere Weise herausgetragen worden ist. Danach könnten dann gezielt Maßnahmen eingeleitet werden, um ein weiteres Ausbreiten der Schadstoffe zu unterbinden.

In den Proben aus dem Nahbereich von Rosenhagen seien bei den Untersuchungen schon erheblich weniger an Schadstoffen ermittelt worden als auf der Seelhorst. So habe man dort nach den Worten von Dr. Friedrich an Tetrachlor-, Pentachlor- und Hexachlordibenzodioxine überhaupt nichts gefunden. Die einzigen dort festgestellten Dioxine stammen aus der Hepta-, und Oktoklasse. Ihre analysierten Werte seien jedoch zu niedrig, um auch hier einen Fingerprint-Vergleich machen zu können. „Was die Gefährlichkeit angeht, so muß man deutlich sagen, daß ein großer Unterschied besteht zwischen der Schadstoffbelastung direkt in Rosenhagen und auf der Seelhorst“, betonte Dr. Friedrich und fügte hinzu, daß auf die Probeentnahmestellen im Ortsteil Seelhorst die Aussagen von Prof. Dr. Wassermann zutreffen, daß man hier eine weitere landwirtschaftliche Nutzung überprüfen sollte.

Wie seitens der AG „Bürger gegen Giftmüll“ gestern in einer Pressekonferenz gefordert wurde, müßten bei einer Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung die betroffenen Landwirte umfassend entschädigt werden. Der Verzehr von Wild aus den verseuchten Gebieten sei zu verbieten, der Bevölkerung sei die Möglichkeit einer kostenlosen Gesundheits-Untersuchung zu geben.

„Sicherungsmaßnahmen sofort einleiten“ ^{MT}

Sanierung dann über Planfeststellung / Sitzung der Grünen ^{20.2.88}

Petershagen/Wiedensahl. Während einer gemeinsamen Sitzung berieten die Grünen aus Minden-Lübbecke, Schaumburg und Petershagen in Wiedensahl über die derzeitige Situation um die Sonderabfall-Deponie Münchehagen.

Als in kleinster Weise der Sache dienlich wurde die jüngste Diskussion um die Zusammensetzung des „Münchehagen-Ausschusses“ bezeichnet. Gerade das Offenhalten des Ausschusses für Presse und In-

teressierte sei eine Grundbedingung für die breite Beteiligung und Teilhabe am Diskussionsprozeß, so wurde betont. Die gegenseitige Ausgrenzung führe letztlich in die Bedeutungslosigkeit, so die Befürchtung der Teilnehmer.

Der Ausschuß solle vielmehr alles daransetzen, die konkreten Schritte der einzelnen Sicherungsmaßnahmen im Vorfeld zu diskutieren. Keinesfalls sei hinnehmbar, daß der Ausschuß quasi als „Akklamationsorgan“ die Maßnahmen im nachhinein begutachte.

Als Sicherungsmaßnahmen, so wurde betont, seien die von allen Gutachtern geforderten Maßnahmen zur Wasserhaltung auf der Deponie, zur Verhinderung weiterer Kontaminationen von Oberflächenwasser und oberem Grundwasser und zur Gasfassung vordringlich notwendig.

Alle weiteren Schritte zur langfristigen Sanierung der Deponie gehörten nach Auffassung der Diskussions Teilnehmer jedoch in ein ordentliches Planfeststellungsverfahren. Nur auf diesem Wege seien die Versammelten eine qualifizierte Beteiligung der Öffentlichkeit sichergestellt.

Zur Frage der Toxikologie der jüngsten Dioxin-Funde im Umfeld der Deponie sowie zur Abschätzung eventueller Gesundheitsgefahren wolle man erneut Prof. Dr. Wassermann um eine Bewertung bitten, kamen die Versammelten überein.

„Dioxin- und Furanfunde sind nicht auf Verstaubungen zurückzuführen“

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft „Bürger gegen Giftmüll“

Petershagen. Zu den jüngsten Untersuchungsergebnissen von Bodenproben aus dem Umfeld der Sondermülldeponie Münchehagen und dem Bericht in unserer gestrigen Ausgabe gibt die Arbeitsgemeinschaft „Bürger gegen Giftmüll“ folgende Stellungnahme ab:

„Die Dioxin- und Furanfunde westlich der Giftmülldeponie Münchehagen auf Petershäger Gebiet sind nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft ‚Bürger gegen Giftmüll‘ keinesfalls auf frühere Verstaubungen von Flugaschen zurückzuführen, wie dies Dr. Harald Friedrich darstellte.

Gegen breitflächige Verwehungen von Aschen sprechen die äußerst unterschiedlichen Werte von Dioxinen und Furanen in benachbarten Regionen. Außerdem lassen die bereits bekannten Funde an Dioxinen und Lösungsmitteln in der ‚Kleinen Fulde‘ diesen Schluß kaum zu.

Auch die 1987 festgestellten Gasaustritte im Norden der Deponie weisen auf Möglichkeiten hin, daß die hydrogeologischen Bedingungen den Transport von kontaminiertem Wasser in diese Richtung zulassen. Diese Art des Giftraustrags dauert unserer Meinung nach noch an und sollte allen Verantwortlichen Anlaß zu sofortigem Handeln sein. Die Annahme des Gifttransports auf dem Wasserwege macht deutlich, daß die Gefahren täglich größer werden. Verwehungen anzunehmen, ‚verharmlost‘ daher das Giftproblem und lenkt von der absoluten Notwendigkeit der Auskoffierung des Giftmülls ab.

Dr. Friedrich hat in seiner gestrigen Stellungnahme seine private Meinung wiedergegeben, nicht die mehrheitliche Auffassung der AG ‚Bürger gegen Giftmüll‘. Dr. Friedrich spricht also nicht im Namen der Arbeitsgemeinschaft.“ ^{MT, 20.2.88}

Wachsende Besorgnis in Rosenhagen

Nachrichten aus Mönchshagen stärken Verärgerung über Politiker

Petershagen-Rosenhagen (cke). „Was soll aus uns und unserer Region nur werden?“, treffender können die Worte eines Anwohners auf der Seelhorst in der Petershäger Ortschaft Rosenhagen nicht sein, der seine Meinung zur benachbarten Sondermülldeponie Mönchshagen und ihren Problemen äußert. Was in den letzten Jahren unweit der Landesgrenze im Niedersächsischen vorgefallen ist, ist in den Augen vieler nicht zu entschuldigen. Nicht nur die Tatsache, daß dort vor Jahren mit der Sonderabfallbeseitigung Ungesetzliches geschehen ist, beunruhigt die Einwohner Rosenhagens, vielmehr ist es auch die Art und Weise, mit welcher Gleichgültigkeit und Verharmlosigkeit die zuständigen Stellen von Kreis, Land und Bund über die Problematik hinweggegangen seien.

Bereits im März 1972 gab es die ersten Warnungen von Rosenhäger Bürgern, die befürchteten, daß die IIs mit giftigen Abwässern der Sondermülldeponie Mönchshagen „gefüttert“ worden sei. Da die IIs mitten in das Wassergewinnungsgebiet IIsse der Stadt Petershagen führt, drängt man schnellstens darauf, den legitimen Machenschaften der Sondermüllbetreiber einen Riegel vorzuschieben. Nach dem im Laufe der Jahre zahlreiche Veranstaltungen zum „Mönchshagen-Thema“ stattgefunden haben und immer neue Untersuchungen von beauftragten Instituten immer neue schlimme Erkenntnisse ans Tageslicht führten, kam der nächste Knall vor ziemlich genau zwei Jahren, als bekannt wurde, daß neben gefundenen Dioxin-Bestandteilen auf der Mülldeponie auch die durch das ruhige kleine Örtchen Rosenhagen fließende IIs von Dioxinspuren befallen war. Besonders betroffen waren damals die Landwirte, die ihr Vieh mit Wasser aus der IIs tranken.

Als dann in der vergangenen Woche bekannt wurde, daß auch in Bodenproben eines Waldstückes in der Gemarkung Rosenhagen Dioxin mit einer Konzentration von

bis zu knapp 40 Nanogramm je Kilogramm festgestellt worden war, war wohl auch die letzte Hoffnung der Rosenhäger Einwohner von den Schadstoffaustritten der Sondermülldeponie verschont zu bleiben, vollends dahin.

Das jahrelange Hinwegtrösten und Verharmlosen sowie die immer neuen leeren Versprechungen lassen ein ganzes Dorf verunsichern. Viele Landwirte fühlen sich von ihrer Existenz bedroht. Aber auch die anderen Bürger sind betroffen und unschlüssig, in diesem Frühjahr ihre Gärten wie in den vergangenen Jahren zu bestel-

MI, 22.2.88

len, um im Herbst Obst und Gemüse zu ernten.

In Gesprächen mit Bürgern Rosenhagens wird immer wieder deutlich, daß alle die prekäre Lage ernst nehmen und sehr nachdenklich geworden sind. Während einige auf ein Wunder warten, schimpfen andere immer wieder auf die Verantwortlichen. Nicht selten sind Ausdrücke wie „Riesensauerei“, „Weg mit der Regierung“ zu hören.

Daß die Reaktionen in der Ortschaft Rosenhagen so gereizt sind, ist gut zu verstehen, führte man doch über Jahrzehnte hinweg im äußersten Teil der Stadt Petershagen ein ruhiges, inniges und zufriedenes Dorfleben, das nun durch die „Schlampelei“ weniger immer mehr gestört wird.

Dioxin im Wald – aber kein Sevesogift

Neue Natec-Untersuchungsergebnisse beim Kreis Nienburg

Petershagen/Mönchshagen (Iju). Die Beweise für den Schadstoffaustrag der Sondermülldeponie Mönchshagen verdichten sich immer mehr: Der Landkreis Nienburg verfügt seit letzter Woche über erste Ergebnisse von Bodenuntersuchungen durch das Hamburger Institut Natec, aus denen hervorgeht, daß auch in Proben, die im vergangenen Sommer in Waldstücken der Petershäger Gemarkungen Rosenhagen und Neuenknick genommen worden sind, Dioxine mit einer Konzentration bis zu 37 Nanogramm je Kilogramm festgestellt worden sind.

Die Verwaltung der Stadt Petershagen erfuhr gestern erst auf eigene Anfrage von den aktuellen Analyse-Werten, die im Rahmen eines bodenkundlichen Untersuchungsprogramms im Auftrag der Landwirtschaftskammer Hannover ermittelt worden sind. Wie Stadtdirektor-Stellvertreter Karl-Heinz Lange mitteilte, seien nach Auskunft des Landkreises Nienburg bislang erst

elf von insgesamt 51 Proben ausgewertet. Auch stehe noch ein schriftlicher Bericht des Hamburger Institutes aus.

Bei den festgestellten Schadstoffen handele es sich, so war weiter aus Nienburg zu erfahren, zwar um Tetrachlordibenzodioxine, nicht aber um das hochgiftige Seveso-Dioxin, von dem man allerdings auch schon Spuren außerhalb des Deponiegebietes im letzten Jahr gefunden hat.

Für die Arbeitsgemeinschaft „Bürger gegen Giftmüll“ Mönchshagen betonte deren Sprecher Heinrich Bredemeier, daß die jüngsten Untersuchungen erneut belegen, welche akute Bedrohung für die Hausbrunnen im Bereich Rosenhagen von der Sondermülldeponie ausgeht. Er unterstrich in diesem Zusammenhang die Forderung nach unverzüglicher Verwirklichung von Sicherungsmaßnahmen auf dem Deponiegebiet, um weitere Schadstoffemissionen zu vermindern.

MI, 16.2.88

Mönchshagen: WB, Den Plänen der Gutachter folgen

Petershagen/Mönchshagen

(WB). »Die jüngste Diskussion um die Zusammensetzung des Mönchshagen-Ausschusses ist in keiner Weise der Sache dienlich.« Das behaupten jedenfalls die Grünen aus Minden-Lübbecke, Schaumburg und Petershagen in Weiden-sahl bei einer gemeinsamen Sitzung zum Thema Sonderabfall-Deponie Mönchshagen.

Gegenseitige Begrenzung führe in die Bedeutungslosigkeit, befürchten die Grünen. Der Ausschuß solle vielmehr alles daransetzen, die konkreten Schritte der einzelnen Sicherungsmaßnahmen im Vorfeld zu diskutieren. Als Sicherungsmaßnahmen, so wurde betont, seien die von allen Gutachtern geforderten Maßnahmen zur Wasserhaltung auf der Deponie, zur Verbindung weiterer Verunreinigungen von Oberflächenwasser und oberem Grundwasser und zur Gasfassung vordringlich notwendig. Alle weiteren Schritte zur langfristigen Sanierung der Deponie gehörten nach Auffassung der Diskussionsteilnehmer jedoch in ein ordentliches Planfeststellungsverfahren.

Fresenius-Gutachten liegt dem Kreis vor:

Dioxine und Furane wandern die IIs abwärts

Kreis Minden-Lübbecke/Mönchshagen. Die langerwarteten Ergebnisse der im Auftrag der Stadt Petershagen und des Kreises Minden-Lübbecke von Fresenius-Institut untersuchten IIs-Sedimente auf Dioxine und Furane liegen jetzt vor.

Sie geben Anlaß zur Sorge: An zwei Probeorten 1 800 und 3 500 Meter unterhalb des Deponiegrabens auf nordrhein-westfälischer Seite hat das Fresenius-Institut steigende Konzentrationen verschiedener Dioxin- und Furanverbindungen im Nanogrammbereich nachgewiesen.

„Für Stadt und Kreis belegen diese neuen Untersuchungen den vermuteten Schadstofftransport von der Einleitungsstelle aus der Deponie die IIs abwärts und damit wahrscheinlich auch in die Gähle. Die relativ hohen Werte am letzten Probeort (3 500 Meter unterhalb Grabens d. Red.) geben diesen Sachverhalt wieder.“ heißt es in einer gestern veröffentlichten Presseerklärung des Kreises.

Anlaß der Proben des Fresenius-Institutes war das Bekanntwerden von erheblichen Dioxinkonzentrationen nach Untersuchungen von Professor Bailschmitter (Ulm) Mitte 1986. Damals wa-

ren unter anderem das 2,3,7,8 TCDD sowie Sevesogift in der IIs 100 Meter unterhalb des Ringgrabeneinlaufs festgestellt worden. Daraufhin wurde das Fresenius-Institut mit der erneuten Überprüfung der Probeorte und zweier weiterer Stellen beauftragt. Im Gegensatz zu den oben erwähnten tiefer gelegenen Probeorten konnte das Fresenius-Institut direkt hinter dem Einlauf des Ringgrabens keine nennenswerten Dioxin- und Furankonzentrationen feststellen. Das 1986 nachgewiesene Sevesogift wurde nicht mehr gefunden.

Durch die neuen Untersuchungsergebnisse werde die Forderung von Stadt und Kreis an das Land Niedersachsen, im Zuge der Sanierung der Deponie Mönchshagen für eine Grundräumung der IIs und die schadlose Beseitigung der anfallenden Sedimente zu sorgen, unterstützt, heißt in der Presseerklärung des Kreises.

NW, 27.2.88

17

Dioxine wandern die IIs hinunter

Fresenius bestätigt Ballschmiter-Untersuchung / Erklärung von Stadt und Kreis

Petershagen / Minden (y/llu). Die langerwarteten Ergebnisse des im Auftrag der Stadt Petershagen und des Kreises Minden-Lübbecke vom Fresenius-Institut seit Ende November vorigen Jahres untersuchten IIs-Sedimente auf Dioxine liegen seit Anfang dieser Woche vor. Wie Stadt und Kreis in einer gemeinsamen Presse-Erklärung mitteilen, belegen diese neuen Untersuchungen den vermuteten Schadstofftransport von der Einleitstelle aus der Sondermüll-Deponie Münchehagen die IIs abwärts und damit wahrscheinlich auch in die Gehle. Die relativ hohen Schadstoffwerte am letzten Probeentnahmeort am „Rosenhäger Brink“ seien ein Beweis dafür. „Die Einschränkung des Allgemeingebrauchs der IIs und die Schließung des Wasserwerkes Ilse durch den Oberkreisdirektor finden hier zum wiederholten Mal ihre Bestätigung“, heißt es in dem Presstext.

IIs und die schadlose Beseitigung der anfallenden Sedimente zu sorgen, durch das jetzt vorliegende Untersuchungs-Ergebnis gestützt. Darüber hinaus, so wurde angekündigt, werden Stadt und Kreis mit dem Nachbarland sprechen, um im Rahmen der laufenden Untersuchungsprogramme weitere Probenahmen aus der IIs in Richtung Gehle zur Eingrenzung der schadstoffbelasteten IIs-Abschnitte zu veranlassen.

Anlaß der Untersuchungen durch das Fresenius-Institut war das Bekanntwerden von erheblichen Dioxin-Konzentrationen, u. a. das 2, 3, 7, 8 TCDD oder auch Sevesogiftes in der IIs 10 bzw. 100 Meter unterhalb des Einlaufs des Ringgrabens aus der Sondermüll-Deponie Münchehagen. Diese Untersuchungen hatte Professor Ballschmiter (Ulm) im Auftrage der Staatsanwaltschaft Verden Mitte 1986 durchgeführt.

Nachdem Stadt und Kreis Ende 1987 von diesen Untersuchungen Kenntnis erhalten hatten, wurde das Fresenius-Institut mit der erneuten Überprüfung dieser Probeorte und zweier weiterer Stellen ca. 1800 bzw. 3500 Meter unterhalb des Deponiegrabens auf nordrhein-westfälischer Seite beauftragt.

An den Probestellen mit den hohen Konzentrationen in den Untersuchungen Ballschmiters direkt hinter dem Einlauf konnte Fresenius keine nennenswerten Dioxin- und Furankonzentrationen feststellen. Das

1986 nachgewiesene Sevesogift wurde nicht mehr gefunden. Mit Ausnahme des 2, 3, 7, 8 TCDF (Tetrachlordibenzofuran) mit 25 ng/kg lagen auch an der 100 Meter unterhalb des Ringgrabeneinlaufs gelegenen Probeorte die Freseniuswerte deutlich unter denen von Ballschmiter. An den zusätzlichen Probeorten 3 und 4 (Schnittpunkt der Landesgrenze mit der IIs und Ilse-Brücke am „Rosenhäger Brink“) weisen die Wissenschaftler des Fresenius-Institutes dagegen steigende Konzentrationen verschiedener Dioxin- und Furan-Verbindungen im Nanogrammbereich nach. So erhöht sich z. B. bei den Proben 3 und 4 die Summe der Hexachlordibenzodioxine von 78 ng/kg auf 220 ng/kg und die der Heptachlordibenzodioxine gar von 140 ng/kg auf 410 ng/kg.

Wie die Stadt Petershagen und der Kreis in ihrer Erklärung betonen, werde die Forderung an das Land Niedersachsen, im Zuge der Sanierung der Sondermüll-Deponie Münchehagen für eine Grundräumung der

„Erneute Dioxin- und Furanfunde belegen ständige Einleitung von Deponiewässern“

BUND-Kreisvorsitzender: Kontroll-Labor auf Deponie errichten

Petershagen. Die großen Mengen der jetzt erneut festgestellten Dioxine und Furane in der IIs auf nordrhein-westfälischer Seite belegen nach Ansicht des BUND-Kreisvorsitzenden Dr. Harald Friedrich (Petershagen) die ständige Einleitung hochgiftiger Deponiewässer über den Ringgraben der Sondermüll-Deponie Münchehagen in den Bachlauf. Zudem machten die Unterschiede der gefundenen Konzentrationen deutlich, daß sich die in die IIs ausgetragene Dioxin-Fracht im Schlamm absetzt habe und durch Verwirbelungen weitertransportiert werde.

Wie Dr. Friedrich in einer Stellungnahme zu den nunmehr vorliegenden Unter-

suchungs-Ergebnissen des Fresenius-Institutes erklärt, sollten die nordrhein-westfälischen Behörden gegenüber dem Land Niedersachsen durchsetzen, daß ein Wasseruntersuchungslabor auf dem Gelände der Sondermüll-Deponie Münchehagen errichtet wird, das technisch in der Lage ist, das Deponiewasser, das vom Landkreis Nienburg in die IIs abgelassen wird, auf die wichtigsten Giftstoffe zu untersuchen. Die bis heute von der niedersächsischen Seite vorgenommenen Untersuchungen seien nicht im mindesten ausreichend.

Die gefundenen Schadstoffmengen unterstützen nach den Worten des BUND-

Kreisvorsitzenden die Forderung des Kieler Toxikologen Prof. Wassermann, daß die IIs saniert werden muß, und zwar sollte das Sediment in der Gesamtlänge des Baches ab Deponieeinlauf entsorgt werden. Vorsorglich sollte darüber hinaus auch das Sediment der Gehle untersucht werden, vor allem im benachbarten Bereich zum Wasserwerk Ilse.

Da die Deponie Münchehagen offensichtlich ursächlich für die Verschmutzung der IIs ist, sollten, so Dr. Friedrich, der Kreis und der Regierungspräsident als Wasserbehörden juristisch aktiv werden. „Es geht nicht an, daß ein Landwirt wegen Gülle-Einleitungen von den Behörden zur Rechenschaft gezogen wird, ein Einleiter, der eine millionenfach gefährlichere Fracht in die IIs ständig einleitet, aber keine Sanktionen zu befürchten hat“, meint der BUND-Kreisvorsitzende in seiner Stellungnahme abschließend. MT, 24.2.88

„Welche Gutachten fehlen jetzt noch?“

Offener Brief an den RP zur Sondermülldeponie Münchehagen

Petershagen. Nachdem der Detmolder Regierungspräsident Walter Stich unlängst geäußert hat, daß er in der Sondermülldeponie Münchehagen keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sehe und gleichzeitig zusätzliche Gutachten zur Abklärung des Problems forderte, hat sich jetzt der BUND-Kreisgruppen-Vorsitzende Dr. Harald Friedrich (Petershagen) an den RP mit einem offenen Brief gewandt. Darin bittet er um eine Präzisierung der noch fehlenden Daten. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„Es ist für uns als Umweltschutzorganisation vor Ort unverständlich, wo denn Ihre Informationslücken liegen. Folgendes Datenmaterial liegt vor: Zwei Gutachten zur Geologie und Hydrogeologie liegen vor, das eine wurde erstellt von Dr. Hoffmann im Auftrag des Kreises Minden-Lübbecke, das andere vom Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung. Beide Gutachten belegen eindeutig, daß die Deponie undicht ist und die hochgiftigen eingelagerten Stoffe aus der Deponie herauswandern.

Zwei Gutachten liegen über das eingelagerte Stoffpotential vor. Die Arbeiten von Prof. Stegmann und Prof. Hagenmeyer belegen, daß ein großes chemisches Gefahrenpotential in diese Deponie verbracht wurde. Prof. Hagenmeyer weist zudem darauf hin, daß es Stellen im Deponiekörper gibt, in denen pures Seveso-Dioxin lagert. Solches ist bisher von keiner Altlast in der Welt bekannt.

Insgesamt liegen elf Gutachten vor, die den Schadstoffaustrag in die umliegenden Böden und das Bachbett der vorbeifließenden IIs eindeutig belegen. Es sind bisher nahezu 500 Hektar in der Umgebung der Deponie untersucht worden, die selbst nur zehn Hektar groß ist. Die IIs ist von verschiedenen Gutachtern untersucht worden. Übereinstimmend wurde das ständige Austreten von Schadstoffen nachgewiesen.

Der Kreis Minden-Lübbecke hat ein Nutzungsverbot für die Gesamtlänge der IIs bis zur Einmündung in die Gohle verfügt. Baden, Spielen, der Verzehr von gefangenen Fischen und die Entnahme von Wasser zur Bewässerung oder zu Tränke-zwecken ist verboten.

Der Oberkreisdirektor hat zudem einen Acht-Punkte-Forderungskatalog gegenüber dem Kreis Nienburg aufgestellt. Hier wird eindeutig gefordert, das weitere Ein-

leiten von belastetem Wasser zu unterlassen.

Nach all diesen Informationen und erdrückenden Ergebnissen fragen wir uns, welche Daten Sie noch benötigen, um eine Gefahr für die Bevölkerung zu erkennen. Prof. Dr. Werner Ott, der Präsident der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, hat im September 1987 eine Bewertungshilfe für Dioxine herausgegeben. Zu der Gefährdung der Bevölkerung durch Dioxine wird ausgeführt, daß die bisher schon vorliegenden sogenannte Grundbelastung der Bevölkerung durch Dioxine besorgniserregend und ‚ein weiteres Schmelzen der Behörden völlig unakzeptabel‘ ist. Dies gilt um so mehr für zusätzliche gefährliche Belastungen, wie dies in der näheren Umgebung von Münchehagen der Fall ist.

Wir fordern Sie daher auf: Werden Sie aktiv! Der Regierungspräsident ist in unseren Augen mehr als ein Verwaltungsbeamter, der auf Anweisungen ‚von oben‘ wartet. Die Bevölkerung im Regierungsbezirk Detmold und besonders die Bewohner der Umgebung der Deponie Münchehagen haben ein Anrecht auf eine dementsprechende Regierungsaktivität des Regierungspräsidenten.“

MT 27. 2. 88

SPD: Kreis soll der Klage beitreten

Gemeinsame Linie mit der Kreistagsfraktion angestrebt

Petershagen (Ilu). „Unsere Fraktion fühlt sich durch das jüngste Untersuchungsergebnis des Fresenius-Institutes bestätigt, die Problematik der Sondermülldeponie Münchehagen weiterhin mit Nachdruck zu behandeln,“ erklärte gestern SPD-Fraktionsvorsitzender Fritz Tütting anlässlich einer Pressekonferenz des Fraktionsvorstands. Man habe dabei bereits für die Hauptausschuß-Sitzung am 8. März beantragt, weitere Maßnahmen zur Begrenzung der von der Lagerstätte ausgehenden Gefahren zu diskutieren.

Die Petershäger SPD, so erinnerte Tütting, habe bereits die vor zwei Jahren be-

schlossene Klage gegen das Land Niedersachsen initiiert, um damit eine Totalan- nierung der Deponie zu erreichen. „Daß diese Forderung richtig war, ist mittlerweile durch eine Kette von Untersuchungsergebnissen bestätigt worden“, sagte Tütting. Um so unverständlicher sei es, daß bis heute noch keine Reaktion des zuständigen Gerichts in Hannover erfolgt sei.

Jetzt sei der Kreis gefordert, der Klage der Stadt Petershagen gegen das Nachbarland beizutreten. In einer gemeinsamen Sitzung, so kündigte Tütting an, wollen in Kürze die SPD-Fraktionen des Petershäger Stadtrates und des Kreistages im Schluß eine einheitliche Linie festlegen. Darüber hinaus erwarte man im April Ministerbesuch aus Düsseldorf, an dem auch der umweltpolitische Sprecher der niedersächsischen Landtagsfraktion, Uwe Bartels, teilnehmen soll. Dann will man ein weiteres Vorgehen in Sachen Münchehagen abstimmen.

Die Allgemeinverfügung des Kreises mit dem Verbotskatalog für die IIs reiche nach Ansicht der Petershäger SPD nach den jüngsten Erkenntnissen zu den Schadstoffaustritten aus der Deponie nicht aus. Das Land Niedersachsen sollte unverzüglich Sicherungsmaßnahmen und eine baldige Sanierung einleiten. MT, 27. 2. 88

Gemeinsame Konferenz zu Münchehagen

Endlich etwas unternehmen

Petershagen (v. A.). Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Petershagen und die sozialdemokratische Kreistagsfraktion werden am Montag gemeinsam beraten, wie in Sachen Münchehagen weiter verfahren werden soll. Wie Fraktionsvorsitzender Fritz Tütting am Freitag mitteilte, hat seine Fraktion einen Antrag für die Hauptausschußsitzung am 8. März formuliert, in der „weitere Maßnahmen der Stadt Petershagen zur Sondermülldeponie Münchehagen“ beraten werden sollen.

Angesichts der neuerlichen Gutachten sieht die SPD sich in ihrer Meinung bestätigt, daß die Bevölkerung in Gefahr ist. Nach Ansicht von Tütting muß der Kreis Minden-Lübbecke der Klage der Stadt Petershagen gegen das Land Niedersachsen beitreten, denn „die Dinge dürfen nicht mehr weiter so ver-harmlos werden“.

Kritisch setzte Tütting sich mit dem Verwaltungsgericht in Hannover auseinander, das bislang „noch nichts in Sachen Klage der Stadt Petershagen unternommen hat“; hier müsse nun der

Kreis durch einen Klagebeitritt dafür sorgen, daß etwas geschehe.

Für April kündigte Tütting den Besuch von Umweltminister Matthiesen bzw. seines Staatssekretärs an, damit mit den „Düsseldorfer Verantwortlichen“ dieses Thema nochmals besprochen wird. Tütting hofft, daß auch der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion aus Hannover zu diesem Gespräch erscheinen wird, damit gemeinsame Strategien erarbeitet werden können. NW, 27. 2. 88